



NIEDERSACHSEN Vorwärts

NOVEMBER 2008 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

wenn wir in ein, zwei Jahren auf den Herbst 2008 zurückblicken und sagen können, es ist noch einmal gut gegangen – dann dürfen wir dankbar sein. Es ist nicht schwarzgemalt: Die weltweite Bankenkrise lässt uns in den Abgrund blicken. Deshalb ist in diesen Wochen nicht die Zeit, über marktwirtschaftliche Ordnungspolitik zu streiten. Es schlagen die Stunden des Handelns. Wir können es uns nicht leisten, eine systemwichtige Bank wie Real Hypo Estate über den Deister gehen zu lassen, auch wenn sie dorthin gehörte. Das Problem: Geht eine bedeutende Bank pleite, reißt sie den kleinen Mann mit in den Schlamassel. Denn sie verwaltet unser aller Geld. Kreissparkassen, gesetzliche Krankenkassen, Pensionskassen – viele gerieten in große Gefahr. Deshalb appelliere ich an Euch: Erklärt zweifelnden Menschen, dass die unvorstellbaren Milliarden-Bürgschaften und -Kredite nicht für die Banken und deren Manager da sind – sie sind nötig für uns Normalbürger. Ist die Krise überstanden, legen wir den Banken die Kandare an.

Euer

Garrelt Duin
Landesvorsitzender

KLARERE REGELN FÜR DIE FINANZMÄRKTE

Ein großes Lob an den SPD-Krisenmanager Peer Steinbrück – Jetzt müssen die Weichen auf Zukunft gestellt werden.

Von Garrelt Duin

Die globale Finanzkrise verdeutlicht, vor welchen Herausforderungen Wirtschaft und Politik stehen: Das risikoreiche Spiel mit dem Vertrauen von Anlegern und die Zurückweisung von Verantwortung gegenüber der Gesamtgesellschaft durch die Kaste der Finanzspekulanten, zwingt den Staat, als Bürgen für die Banken einzuspringen. Zu diesen Hilfsmaßnahmen gibt es keine Alternativen; dem Misstrauen der Banken untereinander muss die Politik eine verlässliche Grundlage entgegenstellen, um dem Totalkollaps der Wirtschaftskreisläufe vorzubeugen.

Aber die Politik muss auch die richtigen Schlüsse aus den Vorgängen der vergangenen Wochen ziehen: Eine kurzfristige Stabilisation der Finanzmärkte reicht nicht aus, wir brauchen klare Regeln für die Zukunft. Auch die Akteure des Finanzsektors müssen wissen, dass sie für ihre Fehlleistungen persönlich haftbar gemacht werden können. Der Bankencrash stellt eine Zäsur da, die uns als Sozialdemokraten bestätigt. Regeln und Kontrollen sind notwendig, Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Geldgeschäften kein »Teufelszeug«. Sie sind notwendige Instrumente einer verantwortungsvollen Marktwirtschaft. Das gilt für Deutschland, für Europa und darüber hinaus. Wir brauchen ein international abgestimmtes Regelwerk für den Finanzsektor.

Um dieses Regelwerk erfolgreich zu entwickeln, sind wir Sozialdemokraten besonders gefordert – denn Kompetenz verpflichtet. Dieser Pflicht ist Peer Steinbrück in den letzten Wochen mehr als gerecht geworden. Seinem Engagement gebührt nicht nur fachlicher Respekt sondern auch ein großes Dankeschön, weil sein unermüdlicher Einsatz die Handlungsfähigkeit der demokratischen Institutionen vorbereitet hat.



Die Finanzkrise hat uns auch an einem anderen Punkt bestätigt: Die Gesellschaft darf sich nicht auf die Finanzwirtschaft verlassen. Wir müssen uns in der Breite aufstellen, um in Krisenzeiten eine stabile und solidarische Gesellschaft zu sein. Der industrielle Kern, den wir in Niedersachsen vorfinden gehört gestärkt. Ebenso erreichen wir dieses Ziel, wenn unser Konzept von Betreuung, Bildung und guter Arbeit umgesetzt wird. Nur wenn jeder in Zukunft die Chance bekommt seinen Teil zum Erfolg und zur Stabilität beizutragen, bleiben wir krisenfest. Daher sollten wir uns mit vollem Einsatz diesen Themen zuwenden – um eine Wende 2009 herbeizuführen! ■

**Merksatz für die Finanzwelt:
Transparenz schafft
Vertrauen.**

Foto: Photocase

Pleiten, Pech und Peinlichkeiten: Eine Zwischenbilanz der Regierung Wulff von Wolfgang Jüttner auf S. IV

MILLIARDEN FÜR DIE BANKEN – PEANUTS FÜR DIE BILDUNG!

Große Erwartungen in Angela Merkels Bildungsgipfel hatte ohnehin kaum jemand, das Ergebnis überraschte denn doch: Es gab keines. Ein Kommentar aus niedersächsischer Sicht.

Von Dr. Gabriele Andretta

»
Zukunftsorientierte Bildungspolitik wird erst gelingen, wenn sich die Landesfürstentümer von der Kleinstaaterei verabschieden.«

Dr. Gabriele Andretta

War da was? Sollte vom Bildungsgipfel nicht ein kräftiges Signal für den lang ersehnten und dringend notwendigen Aufbruch in die Bildungsrepublik Deutschland ausgehen? Bund und Länder, Seit an Seit? Doch vom Gipfel wehte nur ein laues Lüftchen.

Statt konkreter Verabredungen gab es schöne Worte und unverbindliche Absichtserklärungen. So sollen bis 2015 10 Prozent des Sozialprodukts in Bildung und Forschung fließen, macht 25 bis 60 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr für die Bildung. Wer aber bis wann in welcher Höhe das Geld aufzubringen hat, darüber schweigen sich die Gipfelstürmer aus. Verabredet wurde auf dem Gipfel nur, was schon vorher beschlossen und verkündet war. Damit haben sich wieder einmal die Bremser der CDUgeführten Bundesländer, allen voran Wulff, durchgesetzt. Wir erinnern uns, Wulff war schon bei der Föderalismusreform 2005 der große Blockierer, damals noch im Duett mit Koch. Dabei ist der Bildungsnotstand in Niedersachsen



Dr. Gabriele Andretta

besonders groß: Schlusslicht bei der Krippenversorgung, 6000 junge Menschen ohne Schulabschluss, rote Laterne bei der Studierquote dank abschreckender Studiengebühren und wachsender Fachkräftelücke.

Was lernen wir vom Bildungsgipfel? Erstens: Wenn es die kurzfristigen Interessen des Kapitals zu erfüllen gilt, spielen Geld und Zuständigkeiten keine Rolle – es wird gehandelt und zwar schnell!

Bei der wichtigsten Zukunftsinvestition aber, der Bildung unserer Kinder, begnügt man sich mit Sonntagsreden, der Geldhahn bleibt zu. In Niedersachsen sinken die Bildungsausgaben sogar, das ist Schwarz auf Weiß in der Mittelfristigen Finanzplanung nachzulesen. Was kümmert Wulff sein Geschwätz auf dem Bildungsgipfel. Zweitens: Der Bildungsföderalismus ist gescheitert. Es waren auch Sozialdemokraten, die damals die wenigen Mitbestimmungsrechte des Bundes in der Bildung den Ländern auf dem silbernen Tablett überreicht haben. Das war ein folgenreicher politischer Fehler – wie sich heute zeigt! Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Gesamtverantwortung von Bund und Ländern in der Bildung. Die Zeit ist reif, wieder über Gemeinschaftsaufgaben und einheitliche Rahmenbedingungen in der Bildung nachzudenken. Der Aufstieg zur Bildungsrepublik wird nur gelingen, wenn die Landesfürstentümer bereit sind sich von der Kleinstaaterei zu verabschieden. ■

MEHR BESCHÄFTIGUNG – GUTE ARBEIT



Edelgard Bulmahn und Bundesarbeitsminister Olaf Scholz diskutierten am 23. Oktober in Hannover über »Qualifizierung für mehr Beschäftigung«.

Viele Menschen haben in den vergangenen Jahren neue Arbeit gefunden und den Schritt aus der Arbeitslosigkeit geschafft. 40 Millionen Menschen sind erwerbstätig, Löhne und Gehälter sind gestiegen. Dennoch bleibt viel zu tun.

Rund 2,5 Millionen Vollerwerbstätige können in Deutschland von ihrem

Lohn nicht leben. In prekären Arbeitsverhältnissen sind sie vielfach von Lohnzuwächsen, Qualifizierung und Fortschritt ausgeschlossen. Mindestlöhne als Maßnahmen gegen die weitere Ausbreitung menschenunwürdiger Arbeitsverhältnisse bleiben für die SPD auf der Tagesordnung.

»Unser Ziel ist Gute Arbeit in jedem Betrieb und in jeder Verwaltung«, betonte Edelgard Bulmahn in der Podiumsdiskussion. Abwehrkämpfe sind

zwar notwendig, erstzen aber nicht das Ziel gerechter und sicherer Arbeitsbedingungen. Für Olaf Scholz ist in diesem Zusammenhang die Qualifizierung für mehr Beschäftigung und die Zukunft der Arbeit von zentraler Bedeutung: »Wir müssen mehr Anstrengungen unternehmen, damit mehr Jugendliche eine Berufsausbildung absolvieren und mehr Schulabgänger den Weg zu den Hochschulen finden.«

Auch Jörg Baerbock von WABCO Deutschland machte den Stellenwert von Qualifizierung deutlich: »Die Beschäftigten hier müssen höher qualifiziert sein als in Billiglohnländern.« IG BCE-Sekretärin Yasmin Fahimi schließlich plädierte für eine den Lebensphasen der Menschen gerecht werdende Arbeit, bei der »Familie und Weiterbildung einen hohen Stellenwert haben«. Allen gemeinsam war die Erkenntnis, dass Gesellschaftspolitik mehr ist als Sonntagsreden zu halten. ■ as

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Michael Rüter
Redaktion: Lothar Pollähne,
Katrin Reich
Anschrift: Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
E-Mail: lopo.vorwaerts@gmx.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

EIN LEBEN FÜR DIE POLITIK

Klaus-Peter Bruns wird 95 Jahre alt.

Als er vor drei Jahren eine Ruhebank geschenkt bekam, soll er geschmunzelt haben: Da war er 92 Jahre alt und keineswegs im Ruhestand: Klaus-Peter Bruns, der große alte Mann der niedersächsischen SPD. Parteitage ohne seine Einmischung sind kaum denkbar. Er ist einfach da und sagt, was er nach über 60 Jahren als Genosse meint sagen zu müssen. Dabei schreitet Klaus-Peter Bruns meistens Seit an Seit auf der »Generallinie« der Partei, aber manchmal auch voran. Als viele innerhalb und außerhalb der SPD mit dem Begriff Ökologie nicht mehr verbanden als Naturtümmelei, praktizierte Klaus-Peter Bruns als Pächter der Domäne Reinhausen bereits umweltbewusste Landwirtschaft.

Landwirtschaft hatte er nach dem Abitur 1933 gelernt, Landwirt war er bis zum Beginn des 2. Weltkrieges. Im befreiten Deutschland hat Klaus-Peter Bruns nach Kriegsdienst und Gestapohaft wieder als Landwirt gearbeitet und sich als Sozialdemokrat eingemischt, was in seinem Berufszweig damals fast verwegen war und auch heute noch ungewöhnlich ist. Bereits 1954 wurde Klaus-Peter Bruns zum Bürgermeister von Reinhausen gewählt und blieb dies bis 1981. Beinahe ebenso lang war er Landrat des Landkreises Göttingen.



... und kein bisschen leise: Klaus-Peter Bruns

1963 wurde Klaus-Peter Bruns in den Niedersächsischen Landtag gewählt, wo er als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Agrarexperte nachhaltig aktiv war. Fast zwangsläufig war dann 1970 die Ernennung zum Niedersächsischen Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Nach der nebulösen Regierungsübernahme durch Ernst Albrecht blieb Klaus-Peter Bruns von 1976 bis 1990 Abgeordneter für den Landkreis Göttingen. Viele wären spätestens zu diesem Zeitpunkt in den Ruhestand getreten, Klaus-Peter

Bruns hingegen mischte sich hinfert wieder verstärkt kommunalpolitisch ein. Davon und von parteipolitischen Einlassungen mag er bis bis heute nicht lassen, und das ist gut so. Am 28. November wird Klaus-Peter Bruns 95 Jahre alt. Die niedersächsische SPD gratuliert und dankt. ■ lopo

Zum 95. Geburtstag von Klaus-Peter Bruns erscheint im November im Steidl-Verlag in Göttingen Thomas Oppermanns Bruns-Biographie »Ein Leben für die Politik«.

VORWÄRTS RÄTSEL

Davon träumen wohl alle
Schreiber: Ihr Buch erscheint
und wenige Wochen später
verabschiedet der Kongress
zwei Gesetze. So geschehen vor
über 100 Jahren in den USA, wo
Präsident Theodore Roosevelt
den Autor auffordert, ihn nun
mal alleine regieren zu lassen.
Das tut der so gemahnte zwar,
aber sein Leben lang wird er die
Herrschenden seines und anderer
Länder nicht in Ruhe lassen.
Er wühlt im gesellschaftlichen
Mist herum und wird zum wichtigsten
Protagonisten des
»Muckraker«-Stils. Seine Romane,
eigentlich auf die Herzen der
Menschen gerichtet, landen in
der Magengrube.

Diese Absicht hat der Autor mit
jedem Buch. Er will aufrütteln
und setzt dem »American
Dream« seine Vision von einer
besseren, einer sozialistischen
Welt entgegen. Am Ende seines
einflussreichsten Romans heißt es:
»Chicago wird unser sein!
Die ganze Welt wird unser sein!«

In Deutschland, wo sein Buch
bereits 1909 in Hannover er-
scheint, fühlt sich Bertolt Brecht
so sehr angesprochen, dass er
»Die heilige Johanna der
Schlachthöfe« schreibt. Als die-
ses 1931 uraufgeführt wird, ist
der Ideengeber auch in Deutsch-
land ein vielgelesener Autor.
Der Malik-Verlag verbreitet ihn,
in 50.000er Auflagen.

Als er am 25. November 1968 im
Alter von 90 Jahren stirbt, hat
ihn nicht nur die literarische
Welt vergessen, auch in der
sozialistischen Gemeinschaft
erinnert sich kaum noch jemand
an diesen großen Kämpfer für
eine menschliche Gesellschaft.
Wer war's. Zu gewinnen gibt es
seinen wichtigsten Roman.

■ lopo

vorwärts, Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Im Oktober war Karl Kautsky ge-
sucht. Gewonnen hat Friedhelm
Wolski-Prenger aus Emsbüren.

LAUFEN FÜR DEN STOLPERSTEIN



Erschöpft und zufrieden nach dem Stolperstein-Lauf. Vordere Reihe: Ratsherr Erdinc Parlak, Hans-Otto Huberts, Ratsfrau Bernhardine Schröder, Künstler Enrico Garbelmann, Klaus Teutsch. Hintere Reihe: Landtagsabgeordnete Jutta Rübke, Irv Housinger, Marion Tiede, Stolperstein-Vorsitzende Beate Zellner, Ulf Sander und Kreistagsabgeordneter Johannes Dreier.

Bereits zum fünften Mal haben Sportlerinnen und Sportler auf Initiative der Hildesheimer SPD-Ratsfrau Bernhardine Schröder und des Künstlers Enrico Garbelmann ihren »Nachsommerlauf« zu Gunsten des Vereins Stolperstein veranstaltet. Auf einer Strecke in Hildesheim-Himmelsthür rund um den Hohnsensee sammelten die Teilnehmer Spenden in Höhe von 2.375,00 Euro zur Finanzierung eines barrierefreien Hildesheimer Stadtführers. Den gibt der Verein Stolperstein heraus, um älteren und behinderten Menschen, aber auch Eltern mit Kinderwagen eine bessere Orientierung in Hildesheim zu ermöglichen »Der Erfolg zeigt«, so Bernhardine Schröder, »dass es für gute Projekte viel Ehrenamt und Spendenbereitschaft in der Bürgerschaft gibt«. Voraussetzung in diesem Fall: Das Engagement von Abgeordneten aus Rat, Kreistag und dem Niedersächsischen Landtag und der politische Wille, einer guten Idee Beine zu verleihen. ■ eb

TRAUERSPIEL AUF DER TITANIC

Wenige Monate nach ihrem Amtsantritt zeichnet sich die Regierung Wulff vor allem durch Eines aus: Mangelnde Regierungsfähigkeit auf allen Gebieten.

Von Wolfgang Jüttner

Sie wurde von ihren Konstrukteuren als modernstes und sicherstes Schiff der Welt gerühmt und lief doch – hell erleuchtet und mit großem Orchester – unter Vollampf auf einen Eisberg. Beim Landeskabinett ist es ähnlich. CDU und FDP werden nicht müde, es als tatkräftig und vorausschauend zu preisen, und doch gehört das Scheitern zum täglichen Geschäft. Um die falsche Politik umfassend zu beschreiben, reicht der Platz nicht aus, deshalb hier nur eine Auswahl der größten Patzer.

Da wäre zunächst der Haushalt. Die Landesregierung feiert sich seit Jahren als kluge Saniererin des Haushaltes. Die CDU-Fraktion setzt noch »einen drauf« und fordert ein Schuldenverbot. Gleichzeitig lehrt ein Blick in den Haushaltsplan, dass der Ausgleich des Haushaltes durch Kreditaufnahmen und riesige Vermögensäußerungen im Wert von 1,1 Milliarden Euro erkaufte wird. Die Landesregierung saniert das Land nicht für die zukünftigen Generationen, wie sie gerne Glauben machen möchte – sondern sie schmilzt für ihre haushaltstaktischen Rosstäuscherei das »Tafelsilber« des Landes ein. Eine zukunftsweisende Politik sieht anders aus.

Wulff verschleppt Reform der Erbschaftssteuer

Zugegeben, die Einnahmelage des Landes ist nicht üppig, aber es gäbe durchaus Wege, sie zu verbessern. Wie schon öfter in der Vergangenheit blockieren aber die ideologischen Leitplanken der CDU-Partei politik sinnvolles Handeln. So trägt der Ministerpräsident im Bund mit immer neuen Forderungen dazu bei, die Reform der Erbschaftssteuer zu verzögern. 350 bis 400 Millionen Euro jährlich würden dem Land verloren gehen.

Frau Merkel und Herr Wulff profilieren sich gerne als Streiter für eine bessere Bildungspolitik. Die Kanzlerin hat sogar einen Bildungsgipfel inszenieren lassen. Die Bildungspolitik in Niedersachsen ist allerdings jetzt schon der Gipfel – der Gipfel der



Peinlichkeiten und der Entscheidungen gegen die Chancengleichheit. Die neue Ministerin zerstört als erste Amtshandlung gleich das Vertrauen der Lehrkräfte in die Landesregierung, weil sie versucht den Ausgleich der Arbeitszeitkonten weit nach hinten zu verschieben.

Chancengleichheit: Fehlanzeige!

Es bleibt allerdings bei dem Versuch, weil sich die Betroffenen mit der größten Demo seit Jahren dagegen wehren. Die Ministerin lenkt ein, muss aber aus Geldmangel die versprochene Auszahlung strecken. Ein erneuter Wortbruch. Eigenverantwortlich agierende Schulen brauchen motivierte Kräfte – die Ministerin ist aber offenbar für die Brückierung zuständig.

Brüskiert werden auch die Eltern und Kinder, denen der Ministerpräsident im Wahlkampf taktisch die Genehmigung neuer Gesamtschulen zugesagt hat. Nach dem Wahlsieg werden so viele Zulassungshürden errichtet, dass alle Sachverständigen von einem Gesamtschulverhinderungsgesetz sprechen. Da es vielen Kommunen – gerade auch in ländlichen Bereichen – immer schwerer fällt, bei sinkenden Schülerzahlen alle Schulangebote vor Ort zu erhalten oder einzurichten, ist dies ein schwerer Schlag gegen die Chancengleichheit im Lande und vor allem den Gedanken der Förderung aller Kinder.

Förderung wird von der Landesregierung nur in Sonntagsreden groß geschrieben. Im praktischen Tun spielt sie keine Rolle. Bei der Neuordnung der beruflichen Bildung demontiert sie die berufliche Grundbildung und gefährdet den Bestand von Berufsschulen im ländlichen Raum. Auch hier wieder: Gerecht über alle Teile des Landes verteilte Chancen sind keine Kategorie für die Landesregierung.

Auch der Abbau sozialer Hürden im Bildungssystem findet nicht statt. Gerade sind in Verhandlungen mit den Kommunen über den durch Bundeszuschüsse geförderten Krippenausbau die Elternbeiträge ratz-fatz um rund 25 % erhöht worden – entgegen den schönen Reden von Beitragsfreiheit und der wichtigen frühkindlichen Bildung für alle.

Mit Vollampf in die Eisbergfelder

Sich mit Kindern schmücken, aber substantiell nichts für sie tun, ist ohnehin das Credo des Kabinetts. Die Sozialministerin gilt in der Presse mittlerweile als »Königin der Preise und runden Tische« – im Landtag aber lehnt die Mehrheit aus CDU und FDP das gut durchdachte SPD-Programm »Kinder schützen – Kinder fördern« als zu teuer ab. Es hätte nur ganze 21 Millionen Euro gekostet, um nicht nur zu repräsentieren, sondern auch zu helfen.

Über die Rolle des Umweltministers Sander, der sich beim ASSE-Skandal gerne vom schlampigen Aufseher zum brutalst-möglichen Aufklärer häuten möchte, muss hier nicht mehr viel berichtet werden. Die Wahrheit liegt schon zu Tage. Das gilt auch für die Peinlichkeiten des Ministerpräsidenten als Aufsichtsratsmitglied bei VW. Herr Wulff kann – immer noch befangen von seinen Vorurteilen gegenüber der Arbeitnehmervertretung – offenbar den taktischen Winkelzügen von Porsche nur wenig entgegensetzen.

So dampft das Schiff »bürgerliche Mehrheit« unter Festbeleuchtung und eingulult vom Eigenlob in voller Fahrt in die Eisbergfelder – vielleicht ist das ja der Grund, warum es kein nennenswertes Programm gegen Klimawandel gibt. ■



Wolfgang Jüttner,
Vorsitzender SPD-Landtags-
fraktion

»Thema im Landtag« der
SPD-Fraktion im Nieder-
sächsischen Landtag.
Verantwortlich:
Dr. Cornelius Schley